

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1947-1949 1947**

79 (10.10.1947)

# UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

FORS

2. Jahr Nr. 79 / 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Freitag, 10. Oktober 1947

## Gewerkschaften fordern Sozialisierung

Düsseldorf. Der Vorstand und Beirat des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in der britischen Zone nahmen einstimmig eine Resolution über die grundsätzlichen Forderungen der Gewerkschaften zu dem Abschnitt über Arbeit und Wirtschaft in den entstehenden Landesverfassungen an. Die Gewerkschaften treten darin für die Sozialisierung der Grundstoffindustrien in der britischen Zone ein.

Nach den Forderungen des DGB sollen der gesamte Bergbau, einschließlich der mit ihm verbundenen Be- und Verarbeitungsbetriebe und die Unternehmungen der Eisen- und Stahlerzeugenden-Industrie sowie der Grundchemie und der Energiewirtschaft in Gemeineigentum übergeführt werden. Die Eigentumsrechte sollen auf das Land übergehen. Der DGB schlägt vor, die in Gemeineigentum übergeführte Grundindustrie auch in Zukunft als selbstständige, kaufmännisch geführte Betriebe mit finanzieller Autonomie weiterbestehen zu lassen. Sie sollen jedoch in zusammengehörenden Gruppen zusammengefaßt werden.

Die Verwaltung der Betriebe soll paritätisch von den künftigen Eigentümern und den Gewerkschaften übernommen werden. Ferner fordert der DGB das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Betrieben. Dabei sollen die Aufsichtsräte der Unternehmen zur Hälfte durch von den Gewerkschaften bestimmte Vertreter der Arbeitnehmer besetzt werden. Außerdem tritt der DGB für die Bildung von Wirtschaftskammern und einer Landeswirtschaftskammer unter gleicher Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein.

Die Wirtschaft der einzelnen Länder der britischen Zone soll der Forderung des DGB zufolge von den Landtagen und den Wirtschaftsbehörden der Länder geplant und gelenkt werden. Jeder Mißbrauch der wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit, besonders monopolistische und monopolähnliche Machtzusammenballungen erklärt der DGB für unerlaubt. Diese sollen nach einem besonderen Gesetz aufgelöst, in Gemeineigentum überführt oder unter öffentlicher Kontrolle gestellt werden.

Die Länder sollen für eine zwischenstaatliche Regelung der arbeits- und sozialrechtlichen Gesetzgebung eintreten, die allen schaffenden Menschen ein bestimmtes Mindestmaß der sozialen Rechte sichert. Ferner fordert der DGB die Sicherung der Vollbeschäftigung, die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes für ganz Deutschland, die Koalitionsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen, das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften im öffentlichen Leben und in den einzelnen Betrieben, das Streikrecht, die Sicherung des Einhaltens von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen und die

Festsetzung von Mindesthöhen für Berufszweige, in denen die tarifähnlichen Voraussetzungen fehlen. Die Arbeitsbedingungen sollen Gesundheit, Freiheit und Würde, das Familienleben und die kulturellen Ansprüche des Arbeitnehmers sichern. Die Gewerkschaften treten für gleichen Lohn bei gleicher Leistung auch für Frauen und Jugendliche und für die vierzig-Stundenwoche ein. Die Forderungen des DGB enthalten ferner Einzelheiten zum Unfall- und Gesundheitsschutz, zum Schutz des Arbeitsplatzes, zur sozialen Fürsorge, Sozialversicherung und Arbeitsgerichtsbarkeit.

### Sozialismus oder Marshall-Plan?

Die Zustimmung der SPD zum Marshallplan auf ihrem Nürnberger Parteitag hat sie in eine schwere Zwickmühle gebracht, weil ihre Parole „Deutschland muß sozialistisch werden“ (wie sie auch auf dem Landesparteitag der badischen SP in Freiburg im November 1946 aufgestellt wurde), damit zu Fall kommt. So erklärte kürzlich der Gewerkschaftsvorsitzende Malina (SPD) in Herne in Westfalen wörtlich:

„Den Begriff der Sozialisierung haben wir zu den Akten gelegt. Wir bekennen uns zwar zur Sozialisierung, aber auf Grund der Ansätze in der letzten Woche sehen wir uns gezwungen, auf dieses Ideal zu verzichten, denn (!) es ist der Beschluß der amerikanischen Wirtschaftskapitäne, die Sozialisierung für fünf Jahre aufzuschieben.“

Dieses „denn“ ist fürchterlich! Man stelle sich vor, was Bebel wohl gesagt hätte, wenn ihm ein Sozialdemokrat erklärt hätte, der Beschluß einer ausländischen Gruppe von Monopolkapitalisten sei für ihn Befehl, der

unter allen Umständen ausgeführt werden muß.

Wer für den Marshall-Plan ist, muß sich dieser Folgen völlig im klaren sein. Hier Illusionen zu heucheln oder gar zu verbreiten, ist gefährlich. Man muß den Realitäten offen ins Auge sehen und sich klar darüber sein, was kürzlich Arno Scholz im „Telegraf“ ausgesprochen hat: „Ein hochkapitalistisches Land wie Amerika verspricht die Hilfe nicht, um denen, die ihrer teilhaftig werden, die Freiheit zu geben, sozialistische, also antikapitalistische Wirtschaftsformen aufzubauen.“

Aus dieser Erkenntnis kann es nur eine Konsequenz geben: daß Deutschland sich selber helfen muß! Die sozialistische Bewegung, wenn sie alle Kräfte in einer Einheitspartei zusammenfaßt, hat die Macht zusammen mit den Einheits-Gewerkschaften, denn „Großes Werk gedeiht durch Einigkeit“.

### „Katastrophale Einengung“

London. Die Zeitschrift „New Statesman“ schreibt, der Bericht über die Unterredung des US-Präsidenten Truman mit Kongreßmitgliedern und führenden Persönlichkeiten des politischen Lebens der USA, deute auf die katastrophale Einengung, die der Marshall-Plan, nach der Pariser Konferenz erfahren habe, und übt scharfe Kritik an dem Ergebnis der Arbeit der 16 Teilnehmerstaaten. Es werde nur von Versprechungen gesprochen und es seien tatsächlich nur Versprechungen. Es fehlten konkrete Ergebnisse. Es bestehe bei der Macht, die die amerikanischen Finanz nach diesem Kriege darstelle, die Gefahr, daß aus den Unterstützungen für die europäischen Länder die Aufhebung ihrer nationalen Souveränität erwachsen könne.

## Das kommunistische Informationsbüro

Die Gründung des internationalen kommunistischen Büros in Belgrad wurde bereits im September auf einer Konferenz in Warschau beschlossen. Aus dem Communiqué dieser Konferenz (das wir in der letzten Ausgabe auszugswise brachten - Red.), tragen wir noch nachstehenden Absatz nach:

Die Sowjetunion und die demokratischen Länder erachteten als die grundsätzlichen Kriegsziele: 1. Wiederherstellung und Stärkung der demokratischen Ordnung in Europa; 2. Ausmerzungen des Faschismus und Verhinderung der Möglichkeit einer neuen Aggression seitens Deutschlands sowie die Herstellung einer engen und dauerhaften Zusammenarbeit unter den europäischen Nationen. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien

hatten andere Kriegsziele, nämlich Beseitigung der Konkurrenten auf dem Weltmarkt (Deutschland und Japan) und Verstärkung ihrer beherrschenden Position. Dieser Unterschied in der Bestimmung der Kriegsziele und Aufgaben der Friedensregelung trat in der Nachkriegsperiode immer deutlicher hervor. So entstanden zwei Lager: das imperialistische antidemokratische Lager mit dem grundlegenden Ziel der Errichtung der Welt Herrschaft des amerikanischen Imperialismus und der Ausmerzungen der Demokratie, und das antimperialistische demokratische Lager mit dem fundamentalen Ziel der Zerstückelung des Imperialismus, der Stärkung der Demokratie und der Beseitigung der Ueberreste des Faschismus.“

## Gegen Balkankommission der UN

Lake Success. Die Sowjetunion beantragte bei der politischen Kommission, daß der amerikanische Vorschlag über die Gründung eines ständigen Balkan-Untersuchungsausschusses abgelehnt werde. Der sowjetische Vertreter versicherte, daß nur die Zurückziehung der fremden Truppen aus Griechenland die Wiederherstellung des Friedens möglich mache.

Wyschinskij bewies ausführlich die Unschuld Bulgariens, Albaniens und Jugoslawiens im Hinblick auf die sog. Separatistenbewegung in Mazedonien und stellte mit Nachdruck fest, daß es im Gegenteil die amerikanische Intervention wäre, durch die die Unabhängigkeit Griechenlands und damit der Weltfriede bedroht sei. Er versicherte, daß die griechische Frage das Hauptelement des Weltfriedens-Problems geworden sei und beschuldigte die USA, Griechenland in eine militärische Basis umwandeln zu wollen.

### Am 25. November Außenministerkonferenz

Paris. Die Sowjet-Regierung teilt der franz. Regierung mit, daß sie mit dem 25. November als Datum des Beginns der Außenministerkonferenz einverstanden ist. Gleichzeitig erklärte die Sowjetregierung, daß ihr der 6. November für die Konferenz der stellvertretenden Außenminister gelegen ist.

### Die Sowjetunion und ihre Alliierten

Paris. Das Mitglied der sowjetischen Akademie Tarle erklärte: Die militärische Unterstützung der UdSSR durch die Alliierten war, verglichen mit dem Bedarf der sowjetischen Armee und der Menge des von der sowjetischen Industrie und Landwirtschaft gelieferten Material, wie ein Tropfen Wasser im Meer. Was jedoch die späte Landung der Alliierten in der Normandie betrifft, so war sie mehr dazu bestimmt, ein Vorrücken

der sowjetischen Streitkräfte nach Westen zu verhindern, als der UdSSR zu helfen.

### Wodurch wird Franco gehalten?

Kopenhagen. Dolores Ibarruri, die Passionaria des spanischen Freiheitskampfes, erklärte, die USA hätte Luftstützpunkte in Madrid und Barcelona errichtet. Die USA und Großbritannien seien das einzige Hindernis für wirksame Maßnahmen gegen das Franco-Regime. Sie lieferten Öl, Baumwolle, Maschinen, Lastwagen und Kriegsmaterial nach Spanien. Direkte Hilfe für Franco durch britische und amerikanische Anleihen seien die Zeichen der jetzigen „Nichteinmischung“. Zum Schluß forderte sie den Abbruch der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Franco.

### Gegen Abtrennung Südschleswigs

Kopenhagen. Nach einem Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten wurde der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen für den 28. Oktober angesetzt. Voraus ging eine Debatte über die Frage der Zukunft von Südschleswig. Mit 124 gegen 3 Stimmen wurde ein Vorschlag für die Abtrennung von Deutschland abgelehnt, nachdem sich der Ministerpräsident dagegen ausgesprochen hatte. Ein Antrag auf Volksabstimmung über diese Frage wurde ebenfalls abgelehnt.

### Verteuerungen in Frankreich

Paris. Der Kleinhandelsindex ist im September um mehr als 8 Prozent gestiegen. Er liegt damit um fast 40 Prozent über dem Stand am Anfang 1947. Die Erhöhung der Preise für Brot, Milch und Butter, sowie für Fleisch und Kartoffeln, haben den Index erheblich beeinflusst.

### Sozialisten und Kommunisten

Algier. Für die nächsten Gemeinderatswahlen haben die Kommunisten und Sozialisten beschlossen, eine gemeinsame Liste aufzustellen, auf der auch unabhängige Persönlichkeiten kandidieren können.

Ein Großer Deutscher Mahnt



Dem sozialdemokratischen Parteitag in Offenburg gewidmet

## Zur Erinnerung

Alle Sozialisten und Kommunisten, die während der Hitlerzeit im gemeinsamen aktiven Widerstand waren, gelobten damals mit der verhängnisvollen Spaltung in zwei sozialistische Parteien Schluß zu machen. Von diesem Willen waren die Mitgliedschaften, nachdem die beiden Parteien in Südbaden wieder gegründet waren, weiter beseitigt.

Als die Sozialdemokratie ihre 1. Sozialistische Landeskonferenz am 2. Dezember 1945 in Freiburg abhielt, faßte sie damals folgende Resolution: „Ausgehend von der alten sozialistischen Erkenntnis und den seit Ende des ersten Weltkrieges gesammelten Erfahrungen, gibt die am 2. Dezember 1945 in Freiburg i. Br. tagende Konferenz zur Vorbereitung der Neugründung der Sozialdemokratischen Partei der Überzeugung Ausdruck, daß die Schaffung einer einheitlichen sozialistischen Partei wie sie bis Mitte der Jahre des ersten Weltkrieges bestand, unbedingt notwendig und durchaus möglich ist.“

Die großen sozialistischen Grundsätze und Menschheitsideale zur Schaffung einer Gesellschaftsorganisation, die die kapitalistische Wirtschafts-Anarchie nicht mehr kennt und die Arbeit adelt, können nur verwirklicht werden, wenn die werktätigen Volksmassen, soweit sie zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gekommen sind, eine einheitliche sozialistische Kampffront bilden.“

Für diese sozialistische Einheitsfront den Boden vorzubereiten, dazu dient die antifaschistische Bewegung, in der nach den Grundsätzen der Demokratie, Sozialisten und Kommunisten im Kampfe zur Überwindung der furchtbaren Katastrophe, die das Hitler-Regime verschuldet hat, eine geschlossene Einheit bilden.“

Diese gute positive Einstellung zur sozialistischen Einheit ist damals im Morgenrot der Nachhitzerzeit die allgemeine Einstellung im sozialistischen Lager gewesen. In ganz Deutschland, in Nord und Süd, West und Ost waren die Sozialisten und Kommunisten vom Einheitswillen durchdrungen und von der Notwendigkeit einer starken sozialistischen Einheitspartei überzeugt!

Derselbe Geist, wie er auf der 1. Sozialistischen Landeskonferenz Südbadens in Freiburg im Dezember 1945 in der zitierten Resolution unzweideutig zum Ausdruck kam, führte bald darnach, am Ostern 1946, in der gesamten Ostzone zur Verschmelzung der SPD und KPD auf dem Vereinigungsparteitag in Berlin. Diese geschichtliche Tat wird einmal mit goldenen Letzen verzeichnet sein, denn von hier aus sind die entscheidenden Tatsachen erfolgreicher sozialistischer Arbeiterpolitik in Deutschland möglich geworden, wie sie bisher nur unter der Führung der SED in der Ostzone zu verzeichnen sind.

Warum ist die Freiburger Resolution der SP vom Dezember 1945 nicht durchgeführt? Ist heute genau so zwingend wie es damals war! Was für Strömungen und Einflüsse sind dazwischen gekommen, um die Sinnlosigkeit der Spaltung aufrecht zu erhalten?

Die Kommunistische Partei hat ihre Hand zur Verbrüderung niemals zurückgezogen! Auch auf dem letzten

### 2. Parteitag der Kommunisten am 17. August 1947 in Lörrach

wurde eine Resolution zur sozialistischen Einheit angenommen, in welcher es u. a. heißt:

„Der vielversprechende Anfang zur Vereinigung der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei zu einer neuen sozialistischen Einheitspartei in Baden berechtigte uns auf dem ersten Parteitag der KP in Singen im März 1946 zu der Hoffnung, daß in unserem Land sich die Vereinigung der Sozialisten und Kommunisten vollziehen würde.“

Leider ist die Bereitschaft vieler sozialdemokratischer Genossen zusammen mit den Kommunisten, die politische Kraft der Arbeiterklasse in einer Partei zusammen zu fassen, vor allem durch außerbadische Einflüsse der SPD-Führung unmöglich gemacht und die Störfkraft der Sozialisten in Baden dadurch geschwächt worden.

Auch die an und für sich erfreulich enge Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Genossen in den Betrieben, in den Gemeinden und Kreisen und bei den Verfassungskämpfen in der beratenden Landesversammlung, ändert an der Tatsache wenig.

Es muß deshalb das Ziel aller aufrechten So-

zählten sein, die Vereinigung ihrer Kräfte auch in Südbaden, wie in den Westzonen überhaupt, anzustreben und mit der Sozialistischen Einheitspartei in der sowjetischen Besatzungszone zusammen für ganz Deutschland eine einheitliche, sozialistisch-marxistische Partei zu schaffen.

Die Zusammenarbeit, die Einmütigkeit, die Einheit des Sozialismus ist und bleibt das große Ziel. Die Einheit der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ist zugleich der einzige Garant für die Einheit Deutschlands, wovon das Schicksal der deutschen Nation abhängt.

### Zahlen über die SED

Auf dem 2. Parteitag der SED in Berlin wurde interessantes Zahlenmaterial bekannt gegeben: Beim Vereinigungsparteitag Ostern 1946 zählte die verschmolzene Eintrittspartei 1.298.000 Mitglieder, davon 53 Prozent ehemalige SPD und 47 Prozent KPD. Bis 15. Oktober 1947 war die Mitgliederzahl um 38 Prozent auf 1,8 Millionen angewachsen! Die soziale Schichtung weist 48 Prozent Industriearbeiter, 18 Prozent Angestellte, 9 Prozent Bauern und Landarbeiter, 7 Prozent freie Berufe und Intelligenz, 4 Prozent Hausfrauen, 14 Prozent Sonstige auf. Die SED hat zur Zeit in der Ostzone 11.300 Ortsgruppen. Die KPD in den Westzonen zählt 327.000 Mitglieder.

Auf dem 2. Parteitag waren 1114 Delegierte mit gültigen Mandaten, darunter 206 Genossinnen. In politischer Haft waren während der Hitlerzeit 450 Delegierte mit insgesamt 18.138 Monaten Haft.

### Verspäteter Gruß aus Amerika

Ein Telegramm der Kommunistischen Partei der USA aus New York vom 22. Sept. an den SED-Parteitag in Berlin ist jetzt durch Brief eingetroffen, da die amerikanische Post das Telegramm zurückgewiesen hat. Sein Inhalt ist folgender:

Die KP der Vereinigten Staaten grüßt den Parteitag der SED und wünscht Erfolg bei der wirksamen Mobilisierung zum Kampf für die vollständige Entnazifizierung, Demokratisierung und Entmilitarisierung, zum Aufbau eines einheitlichen, friedlichen und demokratischen Deutschlands.

Die KP der Vereinigten Staaten strebt nach der Vereinigung aller demokratischen, friedensliebenden Kräfte in unserem Lande gegen die kriegshetzische Politik der Weltbeherrschung, die von amerikanischen Monopolen verfolgt wird, sie bekämpft den Marshall-Plan des Aufbaus eines anti-sowjetischen, von der Wallstreet beherrschten westlichen Blocks; sie bekämpft den Plan eines abgetrennten westdeutschen Staates mit einer wiederzuerstehenden Ruhrindustrie als europäischem Arsenal für einen neuen imperialistischen Krieg; sie kämpft für die Rückkehr der Vereinigten Staaten zum Roosevelt-Programm der Einigkeit der Großen Drei, für die Erfüllung des Potsdamer Abkommens, um den Weltfrieden zu garantieren.

Eugene Dennis, Generalsekretär,  
Wm. Z. Foster, Vorsitzender.

### Ein fürsorglicher Landesvater

Freiburg. Aus der Badischen Staatskanzlei wird mitgeteilt:

Die gebührende Ehrung von Jubilaren soll wieder eingeführt werden. Aus Anlaß der goldenen, diamantenen und eisernen Hochzeit oder zur Vollendung des 80., 90. oder gar 100. Lebensjahres wird der Staatspräsident künftig gut beleumundete, in Baden wohnhafte Jubilare durch ein Glückwunschsreiben besonders ehren. In Fällen wirtschaftlicher Notlage oder aus sonstigen wichtigen Gründen ist ein Geldgeschenk vorgesehen. Anträge für diese Ehrungen sollen spätestens einen Monat vor dem Jubiläumstag durch das örtliche Bürgermeisteramt über das Landratsamt dem Ministerium des Innern vorgelegt werden. Diese werden gerne Mittellungen aus dem Kreis der Verwandten und Freunde der Jubilare über die bevorstehenden Familienfeste entgegennehmen, da aus den amtlichen Unterlagen die Zeit dieser Feste oft nicht zu ersehen ist.

Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß Anträge auf Ehrung von Arbeitsjubilaren beim Badischen Ministerium der Wirtschaft und Arbeit einzureichen sind.

### „Prioritäts-Städte“

Die Berliner „Weltbühne“ erquickt ihre Leser gelegentlich durch Veröffentlichungen, die sie als Beiträge zu ihrer „Kuriösitätensammlung“ bezeichnet. Beim Durchblättern des 1. Septemberheftes dieser Halbmonatszeitschrift stoßen wir auf die Wiedergabe eines aus unserem Lande stammenden Beitrages, der dem Regierungsblatt der Landesregierung Baden, 2. Jahrgang, Nr. 24, Seite 153, vom 28. Juni 1947 entnommen ist und folgendermaßen lautet:

### Landesverfügung zur Bekämpfung der gewerkschaftlichen Unzucht

Das Staatssekretariat erläßt auf Grund des § 361, Ziffer 60, des Reichsstrafgesetzbuches zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes folgende Landesverfügung:

§ 1. In Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern wird die Ausübung der Unzucht zum Erwerb verboten.

§ 2. Diese Verfügung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Freiburg i. Br., den 10. Juni 1947.  
Der Staatssekretär des Bad. Ministeriums des Innern.

Wir wollen nicht hoffen, daß damit eine Ipvationsgefahr für die südbadischen Städte entstanden ist, die mehr denn 20.000 Einwohner zählen. Laut amtlicher Statistik sind das Freiburg, Baden-Baden, Konstanz, Lörrach (und neuerdings auch Singen). Offenburg dahingegen fehlen zur Einreihung in die Schar dieser „Prioritätsstädte“ noch 800 Seelen.

## Geschichte und Gegenwart am Oberrhein

Die demokratische Jahrhundertfeier in Offenburg hat in der gesamten deutschen Presse Beachtung gefunden. Nachstehend auszugsweise ein Artikel der „Täglichen Rundschau“ (Berlin), der das badische Vorspiel zur 48-Revolution würdigt und Schlussfolgerungen daraus zieht.

„Musterlande“ nennen die Badener ihre Heimat, die gerade in dieser Jahreszeit die ganze Fülle ihres natürlichen Reichtums zur Schau trägt. Sie nennen sie so nicht ohne Stolz und vielleicht manchmal etwas gedankenlos. Aber in diesen Tagen werden sich wohl manche auf den Ursprung dieses lobenden Prädikats besonnen haben. Denn just sind 100 Jahre seit der Zeit verfloßen, da man im deutschen Land nach dem deutschen Südwesten blickte, wo die badischen Demokraten kräftig an den reaktionären Säulen der absolutistischen Kleinstaaterei rüttelten. Hatte das Badener Land 1818 durch die erste Länderverfassung ein Muster fortschrittlicher Gesinnung gegeben, so stellten die Demokraten um Hecker und Struve in den Septembertagen 1847 ein erneutes Beispiel unerschrockenen Eintretens für bürgerliche Freiheiten und ein einiges, ungeteiltes Vaterland auf.

So wurde seinerzeit Baden, das geographisch am Rande des deutschen Lebens gelegen, seiner ganzen soziologischen Struktur nach wenig zur revolutionären Tat vorbestimmt scheint, zur Keimzelle jener Ereignisse, die sich im Jahre 1848 so verheißungsvoll in den deutschen Ländern abspielten.

Traditionen verpflichten, und Söhne großer Väter haben es schwer. Die Nachfahren der revolutionären Manifestanten aus dem Badischen nicht minder. Damals wie heute standen in deutschen Ländern die Demokratisierung des öffentlichen Lebens und die Forderungen nach einem einigen Vaterland im Vordergrund der politischen Probleme. „Geschichte läßt sich um keine Phase ihrer Entwicklung betrügen“, sagte einer der Offenburger Festredner. Und in der Tat, was die Offenburger Manifestanten Anno 1847 auf ihrer Tagesordnung stehen hatten, das wird so lange und hartnäckig wiederkehren, sich nicht davon absetzen lassen, bis es den Vermerk trägt: „Erledigt“.

Was die Offenburger Manifestanten von damals forderten, könnte heutzutage auf dem Programmzettel einer jeden kämpferisch-demokratischen Partei erscheinen. Es sind haargenau die Forderungen, um die heute erbittert genug gerungen wird, obwohl ihre Verwirklichung aus selbstverständlich erscheinen möchte. Industrie-reform, Bodenreform, Schulreform, deutsche Einheit, — das waren die Forderungen, die von Demokraten bereits im Jahre 1847 aufgestellt wurden, obwohl sie naturgemäß dem Sozialismus noch fernstanden. In jener

Versammlung, von der uns der Chronist überliefert, daß Menschen aller Klassen in großer Zahl zusammengeströmt seien, forderte der geistige Kopf der damaligen Bewegung, Dr. Hecker, daß nur ein gewisses Maß von Grundeigentum in einer Hand vereinigt werden dürfe. Und im Artikel 6 heißt es: „Dem Deutschen werde ein Vaterland und eine Stimme in dessen Angelegenheiten“.

Das sind Fragen und Forderungen, die auch heute noch sehr aktuell sind. Aktuell, weil im ganzen Jahrhundert praktisch nicht viel zur Verwirklichung dieser Proklamation geschehen ist — wenigstens nicht im Sinne jener badischen Demokraten von 1847/48. Ja, sie haben eine Art schmerzlicher Aktualität bekommen, diese Forderungen.

Träger des politischen Lebens in Baden ist heute die politisierende katholische Kirche bzw. ihr weltliches Organ, die BCSV. Wir wollen an dieser Stelle darauf verzichten, die „demokratischen“ Programmpunkte dieser Partei mit ihrer sehr wenig demokratischen Praxis zu vergleichen. Eines aber muß man doch feststellen: Es ist heute sehr still um die notwendigsten demokratischen Forderungen in Baden geworden. Wenige sprechen von Bodenreform, niemand von einer solchen der Industrie, und die deutsche Einheit hat man auch verjagt.

Aber trotzdem feierte man das hundertste Jubelfest der demokratischen Reformbewegung, und sowohl der BCSV angehörende Ministerpräsident als auch die übrigen Festredner „bedauerten“, daß die Hecker und Struve und ganz allgemein die Achtundvierziger mit ihren Ideen nicht zum Erfolg gekommen seien. Nur wenig aber war von dem zu hören, was eigentlich das Selbstverständlichste gewesen wäre, nämlich den heutigen Demokraten zu tun übriggeblieben sei von dem, was denen von 1848 zu vollenden nicht beschieden war.

Eines scheint sicher: Acht schöne Reden sind verklungen, mit ihnen die Neunte Sinfonie, die die Festlichkeit des Tages unterstreichen sollte, aber die Pläne demokratischer Reformen, die einst die Achtundvierziger vor dem leidenschaftlich bewegten Volke ausbreiteten, werden 1947 irgendwo in einer Regierungsschublade des Badischen Landtags wegstehen.

Aber die Geschichte ist, wie gesagt, hartnäckig, und was die Achtundvierziger, historisch berechtigt, auf die Tagesordnung setzten, wird sich auch heute nicht davon absetzen lassen. Und je mehr sich das deutsche Volk diese Erkenntnis zu eigen macht, um so weniger werden sich die deutschen Urenkel in wiederum hundert Jahren zu ihrem eigenen Leidwesen mit Dingen befassen müssen, die längst ad acta gehören.

Karl Bergmann.

### Um die Gewerkschaftseinheit

## Welche Lücke ist offen?

Die Erkenntnis der in der Vergangenheit gemachten Fehler und das daraus geborene Verantwortungsbewußtsein der deutschen Arbeiterschaft ist die Ursache, daß ungeachtet der Zerreißen Deutschlands in 4 Zonen über die Zonengrenzen hinweg in allen Ländern der Wiederaufbau der Gewerkschaften sich einheitlich in der Form der Einheitsgewerkschaften vollzog, die die Arbeiterschaft als Gesamtheit umfassen. Die politischen und weltanschaulichen Meinungen der einzelnen Mitglieder sind dem Gesamtinteresse der Arbeiterschaft untergeordnet. Dieser gewaltige Block ist aus der freiwilligen Vereinigung seiner Mitglieder entstanden und sein Zweck und die Grundsätze, die sein Handeln bestimmen, ist das gemeinsame Interesse.

Man sollte annehmen, daß diese Entwicklung von jedem, an der Neuordnung ernsthaft beteiligten Mitarbeiter begrüßt und gefördert wird. In die jüngste Zeit erhobene Forderung nach Zulassung konfessioneller Ständevereine zeigt aber Tendenzen, die nicht un widersprochen bleiben können. Es ist nicht so, daß die Einheits-Gewerkschaften sich aus einem antichristlichen und christlichen Teil zusammensetzen, die ein beiderseitiges Neutralitäts-Abkommen abschlossen. Die neuen Gewerkschaften brauchen deshalb in der Beschlussfassung über ihre Aufgaben keine Begriffsverbindungen zwischen den weltanschaulich beeinflussten Auffassungen ihrer Mitglieder zu suchen, denn die neue Gewerkschaft ist selbst mit ihren Zielen und Grundsätzen, eine solche Begriffsverbindung der vor 1935 bestehenden Gewerkschaftsorganisation, Verärgernungen und Wissenskonflikte kann es dem nach nur dort geben, wo man mit dieser nicht grundsätzlich einverstanden ist. Im Saargebiet führte dies zum Versuch der Bildung christlicher Gewerkschaften. Daß das Interesse an ihrer Bildung nicht in den Reihen der Mitglieder der Einheitsgewerkschaften selbst zu suchen war, beweist, daß auf Grund der geschlossenen Ablehnung der Gesamtheit der Gewerk-

schaft die Genehmigung wieder zurückgezogen wurde. Zweifelloß hätte dieser Versuch ein Echo gefunden, wenn innerhalb der bestehenden Gewerkschaften die Beschlussfassung über die Forderungen sich auf der Ebene eines gegensätzlichen Meinungskampfes vollziehen würden.

Das Konstruieren von Gegensätzen wo keine sind, kann demnach nur den einen Zweck verfolgen, in die Gewerkschaften den weltanschaulichen und parteipolitischen Kampf mit dem Ziel ihrer Aufspaltung hineinzutragen. Wem eine solche Entwicklung dienlich ist, darüber gibt es in der Arbeiterschaft keine Zweifel. Die Forderung nach konfessionellen Ständevereinen mit einer Aufgabenstellung, wie sie Herr Maurer erhebt, ist nichts anderes, als die organisierte Fraktionsbildung. Die hinter uns liegenden Jahre zeigen ganz eindeutig, daß eine Bedrohung der ethischen und sittlichen Grundsätze des Christentums keinesfalls von den Arbeiterorganisationen ausgeht. Diese Kräfte waren vor und während des Nazi-Regimes und sind noch heute diejenigen, die im Interesse der Erhaltung und Steigerung des Profites, des mühseligen Einkommens auf Kosten der werktätigen Bevölkerung, den schaffenden Menschen nur als Ausbeutungsobjekt sehen. Wäre es infolgedessen nicht richtiger, die Verteidigung des bedrohten Gutes dort vorzunehmen und die Quelle der Bedrohung dort zu beseitigen, wo sie tatsächlich ist? Dies ist die Lücke, die noch offen steht. Sie zu schließen, ist das Ziel aller verantwortungsbewußten, fortschrittlichen Kräfte, deren größte Zusammenfassung die heutigen Gewerkschaften darstellen. Das Organisieren des weltanschaulichen und parteipolitischen Meinungskampfes innerhalb der Gewerkschaften schließt keine Lücke, sondern wird im Gegenteil eine Lücke aufreißen, durch die die Reaktion eindringt, um das deutsche Volk erneut seinen volksfeindlichen Zielen dienstbar zu machen.

Wilhelm Büche.

## Kleine Zeitung - Neuigkeiten des Tages

STUTTGART. Eine Vereinbarung über Austausch Schweizer und Deutscher Buchveröffentlichungen wurde getroffen.

SCHWABISCH HALL. Bei einem Einbruch in das Ernährungsamt fielen 20.000 Lebensmittelkarten, die Zuteilung für 25 Gemeinden, den Verbrochern in die Hände.

MÜNCHEN. Der ehemalige bayrische Sonderminister Alfred Loritz befindet sich nach einem von ihm an die „Dena“ gerichteten Schreiben in Bayern.

MAGDEBURG. Nach einer heftigen Auseinandersetzung in der Stadtverordnetenversammlung wurde die Besetzung des Bismarckdenkmals beschlossen. Die liberal-demokratische Fraktion will das Denkmal kaufen, um es aufzubewahren.

BERLIN. Die polnische Militärregierung forderte die Auflösung der „Vertretung ostdeutscher Betriebe ostwärts der Oder“ in der britischen Zone.

BERLIN. Ein plötzlicher Streik der Pilotengewerkschaft brachte den Transatlantikdienst der amerikanischen Ueberseefluglinie vorübergehend zum Erliegen.

BERLIN. Der demokratische Frauenbund Deutschlands hielt unter dem Motto „Ein Volk steht und fällt mit seinen Frauen“ seine Bundesversammlung ab.

WIEN. Auf verschiedene Geschäftsstellen der SP und KP in der Umgebung von Graz wurden Sprengstoffanschläge verursacht. Man fand monarchistische Flugblätter.

BRUSSEL. In Belgien herrscht Ueberschuß an Stürmpfen!

WARSAU. Ein polnisches Militärgericht verurteilte eine ehemalige Wärterin im Konzentrationslager Ravensbrück zum Tode.

NEW YORK. Etwa tausend Frauen einer Versammlung in Brooklyn forderten die sofortige Zerstörung der Atombombe in den USA.

## Bauernbefreiung vor 140 Jahren

Die Zerschlagung Preußens durch Napoleon I. im Jahre 1806 hatte einen wirtschaftlichen Verfall der dem Reststaat verbliebenen Landestelle zur Folge. Einschneidende Reformen sollten die Wirtschaft wieder in Gang bringen. In der Hauptsache mußte der, damalige Agrarstaat Preußen auf die Reorganisation der landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse bedacht sein, da die günstigen Ausfuhrmöglichkeiten an Getreide Gewinne für die Landwirtschaft und damit wieder für den Staat versprachen. Die bisherige feudale Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung war dafür völlig ungeeignet. Die Landwirtschaft lag in den Händen des Junkertums und die große Masse der Bauern war in ihrer Person und in ihrem Besitz unfrei und der Willkür der Junker ausgeliefert, die sich freiherrlichen und fortschrittlichen Maßnahmen und Bewirtschaftungsmethoden völlig abgeneigt zeigten. In der Einführung eines freiherrlichen Wirtschaftssystems, das sich ein England mit den Anfängen des Freihandels, in Frankreich nach der Revolution in der Bauernbefreiung von 1793 durchzusetzen begann und in allen europäischen Ländern im Vordringen war, fürchteten sie eine Schmälerung ihrer Vorrechte als herrschende Klasse. Wenn in Preußen auch schon durch Friedrich II. im Interesse der Krone in den Jahren 1749, 1764 und 1777 Maßnahmen zugunsten der Bauern und des bäuerlichen Besitzrechtes eingeleitet worden waren, so betrafen diese doch nur die großen und Domänenbauern. Die Masse der kleinbäuerlichen Bevölkerung, das „Dorfproletariat“, blieb nach wie vor persönlich unfrei und ohne dinglich gesichertes Besitzrecht.

Die von Westen in die Wirtschaft der europäischen Staaten eindringenden liberalistischen Grundsätze, welche von Napoleon in den unter französischem Einfluß stehenden Ländern ausdrücklich gefördert wurden und der Zwang, die bankrotte preußische Wirtschaft mit neuem Leben zu erfüllen, waren die Vorbedingungen für ein Reformwerk, das als die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung in die Geschichte eingegangen ist. Vor 140 Jahren, am 9. Oktober 1807, wurde das Edikt über „den erleichterten Besitz und freien Gebrauch des Grundeigentums, sowie die persönlichen Verhältnisse der Landbewohner“ erlassen, dessen Schöpfer der Staatsminister vom Stein ist. Es wäre falsch, in diesem Gesetz ein soziales Befreiungswerk im heutigen Sinn sehen zu wollen. Ebenso unrichtig aber wäre es, seine geschichtliche Bedeutung zu verkennen. Die Erbuuntertänigkeit wurde ohne Entschädigung aufgehoben, aber die Fronen und Abgaben mußten abgelöst werden durch Abgabe von einem Drittel bis zur Hälfte des Bauerlandes oder durch Geld oder Naturalleistungen. Die Folge war ein großer Landzuwachs der Rittergüter und Fortsetzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der „freien“ Bauern. Die gefährlichste Waffe wurde dem Gutsbesitzer aber dadurch in die Hand gegeben, daß Rittergüter und Bauerland unter Aufhebung der bisherigen feudalen Bindungen frei veräußert bzw. erworben werden konnten. Der freigewordene Bauer war in seinem Landbesitz nicht geschützt.

Das Edikt und seine in den folgenden Jahren erlassenen Ergänzungsgesetze waren keine Sozialreformen im Interesse der unterdrückten Klassen, sondern ihre Bedeutung liegt darin, die ersten liberalen Gesetze an der Wende der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu sein. Sie befreiten den Bauern persönlich, schützten ihn aber nicht vor der privatrechtlichen Ausbeutung, durch die sich mit der feudalen verbündenden aufstrebenden bürgerlichen Gesellschaftsschicht, und wurden zum Ausgang für die Entstehung eines ländlichen Proletariats den zu Tagelöhnern gewordenen, ihres Besitzes beraubten Kleinbauern. Der Gutsherr konnte den Bauern, die ihrer Ablösungsverpflichtung nicht nachkamen, und in wirtschaftliche Not gerieten, kündigen. Viele Bauern, die sich auf ihrem durch die Ablösung zu klein gewordenen Besitz nicht mehr halten konnten, mußten abziehen und das Bauerland wurde Herrenland. Die Einführung des freihändlerischen Prinzips in der Landwirtschaft hatte eine Intensivierung der Bewirtschaftung zur Folge, was der Staatskasse zugutekam. Aber die vom Staatsminister vom Stein mit der Aufhebung der Erbuuntertänigkeit beabsichtigte Stärkung des Bauerntums wurde nicht erreicht, weil einerseits die Junker, für die die Stein der bestgehaltene Mann war, ihre Bedingungen zur Aufhebung der Erbuuntertänigkeit teilweise durchzusetzen wußten, und andererseits der aufkommende Freihandel den in seiner Person freigewordenen Bauern zum Spielball der wirtschaftlichen Kräfte werden ließ. Wie in Preußen war es in allen anderen inner- und außer-deutschen Ländern.

Diese Entwicklung war vor 140 Jahren weder beabsichtigt noch konnte sie vorausgesehen werden. Für uns ist das Edikt von 1807 darum von großer geschichtlicher Bedeutung, weil es der Bruch der Feudalrechte ist, und die Bauern jener Zeit zu persönlich freien Menschen machte, wenn es sie auch noch nicht wirtschaftlich befreien konnte. Diese Aufgabe ist unserer Zeit und dem heutigen Bauerntum in der Bodenreform gestellt. Wenn wir die entschuldigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes fordern, was in der Ostzone schon Wirklichkeit geworden ist, dann bedeutet das nichts anderes, als die Fortsetzung des damals begonnenen Befreiungswerkes und die Rückführung des Bauerntums in den endgültigen Besitz eines wahrhaft freien Bauerntums.

Dr. Adolf Hirt

### UNSER TAG

Volkszeitung für Baden - Organ der KP Redaktionskollektiv: Dr. Karl Bittel (Chefredakteur), Karl Ehmann, Hanns Adam Faerber (Chef vom Dienst), Dr. Adolf Hirt, Dr. Walter Kunze, Gustav Venedey. - Verlagsleiter Hermann Jerrentrop.

Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1 Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg. - Verlag: Südwest-Verlag GmbH, (17b) Offenburg, Hauptstr. 115, Postfach 361. Fernruf 2287. Erscheint mittwochs u. freitags. - Bezugspreis monatl. 1,50 Mk. einschl. Trägerlohn, b. Postbezug zuzügl. Bestellgeld. Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg.

# Handwerkliche Kunst in Abwehr und Angriff

Ausstellung „edles Kunsthandwerk“ in Freiburg

Sogenannte kunsthandwerkliche Erzeugnisse überschweben seit zwei Jahren den Markt mit so schandbarem Kitsch, daß die Schaulustigen über Ausstellungen von Geschmacklosigkeiten sind. Aber das ist ja alles nur billiges Pseudo-Kunstgewerbe (aber teuer!) und schädigt wirkliche Kunsthandwerk. Außerdem ist es eine Vergeudung meist wertvoller Materialien und verbildet den Geschmack. Man könnte glauben, daß die gute alte Tradition kunstschaffender Handwerker verschwunden wäre.

Endlich war es also an der Zeit, daß der „Verband Südwestdeutscher Kunsthandwerker“ in

Freiburg Paramentenmacherinnen zeigen zweifelsohne gute Leistungen, aber in dieser profanen Schau haben liturgische Gegenstände nicht den richtigen und etwas zu viel Platz.

Eine starke Entwicklung hat die textile Handwerkskunst genommen. Nicht weniger als 13 Handwebereien stellten aus. Leider vermisst man hier ganz besonders das Gebrauchsgut für den täglichen Bedarf, wie es auch in den anderen Zweigen des Kunsthandwerks fehlt. Wenn Bissier sagte, daß zwei Drittel kunsthandwerklichen Schaffens nicht dem Luxus dienen, sondern dem Hausbedarf und der Flüchtlingsversorgung, so bedauert man, hier keine sog. Handelsware für diese Versorgung sehen zu können. Man sagte uns, daß z. B. eine eigene Produktion von Fluchtlingskleidung im Gange sei und es hätte zweifelsohne dem Ansehen des Kunsthandwerks gedient, solche Musterstücke zu zeigen.

Gut vertreten sind Bildteppiche ausgezeichneter Qualität! Aber warum die Angst vor zeitnahen Motiven, indem man einfach alte Muster und Texte kopiert? Nur der Bildteppich „Aufbau“ überrascht in seiner mutigen Komposition. Reizvoll sind die beiden kleinen Gobelins „Schmetterlingshochzeit“ und „Libellentanz“ in ihrer Zartheit und Harmonie der Farben, deren Entwürfe von dem 14jährigen Sohn der betreffenden Handweberei stammen.

Man verläßt die Ausstellung mit dem Wunsch, daß solch edle Kunsthandwerk das Pseudo-Kunstgewerbe an die Wand drücken möge, damit gutes Gebrauchsgut und qualitative Exportware den Geschmack hebe und sich den Markt erobere.

Rosemarie Knecht.



Handgewebter Wandbehang „Wildgänse“ bodenseehandweberei (mia mittel) überlingen

Baden und Württemberg zur Abwehr an die Öffentlichkeit getreten ist. Auf der Eröffnung seiner ersten Ausstellung in Freiburg (Haus Stadelmann) setzte sich der Vorsitzende Julius Bissier mit dem minderwertigen Kunstgewerbe auseinander. Dieser Abwehrkampf ist ebenso berechtigt wie der Angriff, den Berthold Müller-Oerlinghausen gegen die Behördenbürokratie richtete, die dem Kunsthandwerk den Weg versperrt: „Damals nicht kriegswichtig und heute nicht lebenswichtig“. Wenn man bei den Ausstellern von ihren Schwierigkeiten und Schikanen hört,

## Der Nestlé-Maggi-Konzern

Die Zusammenballung des internationalen Großkapitals schreitet weiter. Nicht nur in den USA hat die Konzernentwicklung trotz Antitrustgesetz in einer Weise zugenommen, die im Parlament größte Bedenken ausgelöst hat, sondern auch in Europa ist die Ausweitung von Konzern zu Großkonzern durch Aufsaugung branchenverwandter Unternehmen festzustellen.

Ein interessantes Beispiel in der Nahrungsmittelindustrie ist die Fusionierung der schweizerischen Maggi- und Nestlé-Konzerne, welche sich auch auf unsere südbadische Industrie auswirkt, weil die großen Maggiwerke in Singen als Betrieb des Maggikonzerns davon betroffen sind.

Während der Maggikonzern seine Fabriken in der Schweiz, in Deutschland, Frankreich, Belgien und Holland hat, und damit der europäischen Nachkriegskrise ausgesetzt ist, verlegte der Nestlékonzern schon frühzeitig sein Schwergewicht in die überseeischen Länder und wurde ein ausgesprochen internationales Monopolunternehmen. Das kommt besonders dadurch zum

Ausdruck, daß der Nestlékonzern, der außerordentlich verschachtelt ist, die europäischen Vermögenswerte in die zu diesem Zweck geschaffene Dachgesellschaft „Unilac“ in Panama überführt hat. Die Betriebe des Maggikonzerns, der trotz seiner Belastung durch die europäische Wirtschaftslage dem neuen internationalen Großkonzern 37 Millionen Schweizerfranken einbringt, geraten durch die Fusionierung vollkommen unter die Kontrolle des in der „Nestlé and Anglo Swiss Holding Ltd.“ herrschenden überseeischen Monopolkapitals.

Diese Entwicklung steht hinsichtlich der deutschen Betriebe im Widerspruch zu der von den Besatzungsmächten in Deutschland betriebenen Entflechtungspolitik, von der auch die deutschen Betriebe ausländischer Konzerne betroffen werden. Es ist zu erwarten, daß die Entflechtungsmaßnahmen starken Einfluß auf die deutschen Bindungen des Konzerns haben werden. Die Werkstätten haben ein großes Interesse daran, wie die Stellung der Maggiwerke in Singen zu dem neuen internationalen Großkonzern sein wird.

10. Oktober 1947 - UNSER TAG - Nr. 79 Seite 3

### Bezugsabschnitte anstelle von Bons de Débloccage

Zur Vereinfachung der Ausgabe von Bons de Débloccage an Privatbetriebe und um diesen Betrieben die Möglichkeit zu geben, die zugeleiteten Lebensmittelmengen in Raten zu beziehen, werden ab Oktober 1947 vom Gouvernement Militaire de Bade - Section Ravitaillement - anstelle der bisherigen Bons de Débloccage Bezugsabschnitte über verschiedene Lebensmittel ausgegeben. Diese Bezugsabschnitte sind aus Lebensmittelkartenpapier mit Wabenmusterwaben in verschiedenen Farben hergestellt. Sie tragen eine Seriennummer A, B usw. von 1-20 und sind außerdem noch laufend durchnummeriert, die Warenart ist in französischer und deutscher Sprache aufgedruckt. Der Ausgabemonat ist durch Stempel aufgedruckt, die Gültigkeitsdauer ist auf Ende des dem Ausgabemonat folgenden Monats festgesetzt. Jeder Bezugsabschnitt trägt den Stempelaufdruck „Gouvernement Militaire de Bade - Direction du Ravitaillement du Pays de Bade“.

Die Bezugsabschnitte werden mit folgendem Mengenaufdruck ausgegeben: Fleisch und Suppenmehl zu je 400 g, 1 kg, 5 kg, 10 kg, 20 kg; Getreide und Hülsenfrüchte zu je 200 g, 1 kg, 5 kg, 10 kg, 20 kg; Suppenwürze: 1/4 Lt., 1 Lt., 10 Lt. Wein: 2 1/2 Lt., 10 Lt., 50 Lt. Die Bezugsabschnitte sind von den für die Belieferung der Bons de Débloccage bestimmten Verkaufsstellen bei Vorlage von Débloccagebescheinigung zu beziehen. Die übrigen Verkaufsstellen können diese Bezugsabschnitte, soweit Vorräte vorhanden sind, ebenfalls beliefern. Bezugsabschnitte ohne Stempelaufdruck des Gouvernements Militaire de Bade sind unzulässig. Die belieferten Bezugsabschnitte - mit Ausnahme der Abschnitte für Wein - sind von den Verkaufsstellen zusammen mit den deutschen Bedarfsnachweisen monatlich ihren Abrechnungsstellen zur Abrechnung einzureichen. Die belieferten Abschnitte für Wein müssen auf besonderem

Blatt aufgeklebt, mit der monatlich dem Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung einzureichenden Bestandsmeldung für Wein vorgelegt werden. (32-1013)

Freiburg i. Br., den 4. Oktober 1947.

Bad. Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung. I. V. Leiser.

### Dauer der Zurückstufung der Beamten

Der Staatskommissar für politische Säuberung teilt mit, daß eine Regelung in Vorbereitung ist, um die Bedingungen für die Durchführung bestimmter Sühnemaßnahmen festzulegen.

Für Beamte, die zurückgestuft sind:

- um 1 oder 2 Gehaltsstufen soll die Dauer der Sühnemaßnahme um 2 Jahre,
- um 3 Gehaltsstufen soll die Dauer der Sühnemaßnahme um 3 Jahre,
- um 4 Gehaltsstufen und mehr soll der Dauer der Sühnemaßnahme auf 4 Jahre festgelegt werden.

Am Ende dieser Frist, in der dem Beamten ein ganz bestimmter Geldbetrag als Sanktion auferlegt war, rückt der Betroffene wieder auf seine normale Altersstufe, in welcher er sein würde, wenn er nicht sanktioniert worden wäre.

Dienjungen, die auf der Eingangsstufe einer Besoldungsgruppe standen, konnten nicht um die durch die Sühnemaßnahme vorgesehene Stufe zurückgestuft werden, sie müssen in die Eingangsstufe eingereiht werden. In dieser Stellung müssen sie während der festgesetzten Dauer bleiben, sodaß die geldliche Einbuße, die sich daraus ergibt, zu demselben Ergebnis führt, wie wenn sie von der normalen Zurückstufung betroffen worden wären (Anzahl der Stufe - Anzahl der Jahre, die durch die zeitlich gestaffelte Dauer

der Sühnemaßnahme festgelegt ist). Beamte, die in eine niedrige Besoldungsgruppe zurückgestuft sind, verbleiben nach Ablauf einer Frist von 4 Jahren in dieser Gruppe, gewinnen aber wieder alle Rechte auf Beförderung zurück.

Freiburg i. Br., den 27. September 1947.

Badisches Staatskommissariat für politische Säuberung:

Freiburg i. Br., den 26. September 1947.

gez. Dr. Nunler.

### Speisekartoffelversorgung 1947/48 - 2. Einkellerungsrate

Nach erfolgter Zuteilung der 1. Einkellerungsrate von 25 kg Speisekartoffeln an Inhaber von Bezugsausweisen für Speisekartoffeln kann mit der Ausgabe der 2. Rate begonnen werden. Dieser Betrag für die Bezugsberechtigten ist allen Orten für gegen Abrechnung folgender Abschnitte der Bezugsausweise: Jgd 1 = 25 kg von 33/II u. 34/I bis 35/II u. 36/I = 6 Abschnitte; Jgd 2 u. 3 = 25 kg von 32/II u. 33/I bis 34/II = 5 Abschnitte. Sämtliche Abschnitte der III. Dekade der Bezugsausweise verbleiben an der Stammkarte. Die 2. Einkellerungsrate von 25 kg Speisekartoffeln ist von den Bezugsberechtigten bei demselben Kleinhandler zu beziehen, der die Vorbestellabschnitte der Bezugsausweise für Speisekartoffeln entgegen genommen hat. Gaststätten, Werkstätten und Kantinen erhalten die 2. Einkellerungsrate in der gleichen Höhe wie Inhaber von Bezugsausweisen für Speisekartoffeln. Zum Bezug der Speisekartoffeln erhalten diese Verpflegungsstätten von ihrem zuständigen Ernährungsamt Bescheinigung B, deren Zweitschrift zur Vorbestellung dem Händler auszuhandigen ist. Die zugeleiteten Mengen sind mit Bedarfsnachweisen für Speisekartoffeln abzudecken. (32-1014) Freiburg, den 6. Oktober 1947.

Badisches Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung.

### Freiburger Veranstaltungen

- Städt. Bühnen Freiburg**
  - Casino:
    - 12. Oktober, 15 Uhr: „Die Chardasfürstin“.
    - 12. Oktober, 20 Uhr: „Ein Maskenball“.
    - Kammerspiele:
      - 11. Oktober, 19.30 Uhr: „Ein Sommernachtstraum“.
      - 12. Oktober, 14.30 Uhr: „Die erste Legion“.
      - 12. Oktober, 19 Uhr: „Heiden“.
      - 12. Oktober, 19.30 Uhr: „Der Soldat Tanaka“.
- Harmonie-Lichtspiele**
  - Freitag, 9. bis mit Donnerstag, 16. Oktober 1947. Ein charmantes Liebespiel: „Verliebt in Abenteuer“.
  - Nach dem Lustspiel von Hans Adler mit Olga Tschschowa, P. Klinger, Georg Alexander, Erika von Thellmann, Hans Junkermann. Jugendfrei ab 14 Jahre.
  - Neueste IFA-Wochenschau. Täglich: 14.15, 16.30, 18.45 Uhr. Sonntag auch vorm. 10 Uhr. Freitag, Montag, Dienstag und Mittwoch auch 21 Uhr. Vorverkauf täglich von 10 bis 12 Uhr. (K3-7b)
- Friedrichsbau-L'spiele**
  - Ab Freitag, 10. Oktober bringen wir das reizende Jenny Jugoslavien-Lustspiel: „Unser Fräulein Doktor“.
  - Darsteller: Jenny Jugo, Albert Matternstock, Heinz Salfner, Gustav Waldau. Jugendfrei. Spielzeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 14.15 u. 16.30 Uhr. Donnerstag und Samstag nur 14.15 Uhr. (K6-7i)
- Union-Theater**
  - Freitag, den 9. bis mit Donnerstag, 16. Okt. 1947. Ein bezauberndes Spiel vom ersten Ahnen echter Liebe: „JUNGE HERZEN“.
  - Dieser reizvolle Film hat den ganzen Zauber der Jugend und
- Lichtspiele Bad Krozingen**
  - Ab Freitag, 10. bis einschl. Montag, 13. Oktober 1947. Ein romantischer deutscher Großfilm: „Stimme des Herzens“ mit Benjamino Gigli und Geraldine Katt usw. Neueste Wochenschau. Jugendfrei. Spielzeiten: Freitag, Samstag, Montag 20.30 Uhr; Sonntag 15 und 20 Uhr.

### KP. Ortsabteilung Mühlheim

FAMILIEN-ABEND mit Musik u. Tanz am Samstag, den 11. Oktober 1947, 18 Uhr, im Gasthaus „Rösle“. Mitglieder und Sympathisierende sind freundlich eingeladen.

### Stellenangebote

- Staatsbehörde sucht jüngeren, zuverlässigen Registrator, möglichst mit Registraturerfahrung, sowie tüchtige Stenotypistinnen. Schriftl. Bewerbungen mit Unterlagen erbeten u. Nr. 32-1011 an U. T., Offenburg, Postf. 361.
- Näherinnen für unsere Bandagenabteilung für saubere Arbeit gesucht. Sanitätshaus Schaub, Freiburg i. Br., Karlsruh. 32. (20-560)
- Perfekte Kontoristin für Industrie- und Gewerbe gesucht. Schriftl. Bewerbungen unter Nr. 20-556 an U. T., Geschst. Rheinfelden, Postfach 57. (30-230)
- Für unser Gummiwerk suchen wir Arbeitskräfte. Anlernen bzw. Umschulung im Betrieb. Konz-Gummiwerk, Freiburg i. Br., Breisacher Straße (chem. Art.-Kaserne). (32-577)
- Fabrik-Schreiner od. Zimmermann für dauernde Beschäftigung auf sofort gesucht. Konz-Gummiwerk, Freiburg i. Br., Breisacher Straße (chem. Art.-Kas.). (20-558)
- Erfahrener Verwaltungsbeamter d. gehobenen Dienstes von südbadischer Kreiskommunalienstelle gesucht. Interessenten erhalten näheren Aufschluß nach Anfrage unter Nr. 32-1009 U. T., Offenburg, Postfach 361.
- Lagerist von Freiburg unternehmen d. Zeitschriftenbranche gesucht. Führerschein erwünscht, aber nicht Bedingung. Ang. unt. F 1879 an Obanex, Anz.-Exp., Freiburg i. Br. (A14-228)

### Kauf - Verkauf

Gesucht wird Motorrad, fahrbereit, mit nur guter Bereifung, 200 bis 600 ccm. Geboten wird beste Bezahlung nach Uebereinkunft. Angebote mit genauen Angaben über Größe, Alter, Zustand usw. mit ev. Preisforderung, erbeten unt. Nr. 30-228 an U. T., Lörrach/Baden, Spitalstraße 11.

### Immobilien

Bäckerei m. Kolonialwarengeschäft in Worms-Rhein gegen kleineres Familienhaus gegen Freiburg i. Br. oder Murgtal zu tauschen gesucht. Off. an Ph. A. Müller, Heidelberg, Hauptstr. 93. (A1-1)

### Kaufgesuche

- „Hagebutten“ in jeder Menge zu kaufen gesucht. Vis-Werk, Dürmersheim, (Festhalle). (32-971)
- Baugeschäft sucht Motorrad, kleiner Lieferwagen oder Zugmaschine gegen Maurerarbeiten nach Vereinbarung. Zuschr. u. Nr. 20-561 an U. T., Geschst. Freiburg i. Br., Schwabentorstraße 1.
- Wachspferd-Ohrhänge in allen Ausführungen sucht Schmuck-Leuchten. (22a) Düsseldorf, Schadowstr. 43/45. (A8-7)

### Tiermarkt

Eltern Wurf junge Deutsche Schäferhunde, ca. 2 Mon., abzugeben. Farbe ganz schwarz u. schwarz mit gelben Abzeichen. Näheres durch Willi Weissenborn, Hundegebrauchschule, Tuttingen, Olgastr. 53. (32-1006)

Zu verkaufen Spitzer, Rüde, 1 J. alt. Farbe schwarz mit weiß, langhaarig, la Köpfehen, Stehörchen u. la Ringelrute. Wunderbares Tierchen. la Herrschenschaftshündchen. Größe ca. 20 cm. la wachsam u. scharf. j. edelm. Stolz. Näh. durch: Willi Weissenborn, Gebrauchshundeschule, Tuttingen, Olgastr. 53. (32-1003)

Zu verkaufen Dackel, Hündin. Farbe braun. Alter 1 Jahr. Größe ca. 28 cm. Gute Behänge u. Rute, kurzhaarig, la wachsam u. scharf. Selten treu u. anhänglich wie ein Kind. la Gebrauchshund, jederm. Zufriedenheit. Näheres durch: Willi Weissenborn, Gebrauchshundeschule, Tuttingen, Olgastr. 53. (32-1004)

Wer verkauft in gute Hände mittelschweres Pferd oder Fohlen in mittlere Landwirtschaft. Ang. u. W 1875 an Obanex, Anz.-Exp., Freiburg i. Br. (A14-227)

### Verschiedenes

- Malers- und Gipserarbeiten führe ich aus, gegen Abgabe v. 2 Paar gut erhaltener Arbeitsschuhe, 39 und 41, u. 1 Paar Arbeitshosen. Schriftl. Angebote an Baumaler und Gipser Ramona, Freiburg i. Br., Eisenbahnstr. 38. (20-562)
- Adressen für 1500 Lieferb. Artikel RM 15.- (geschl. Listen). Adressen aller Branchen. Adressen-Kautschuch, (14a) Niederstotzingen. (A2-3)
- Wer stellt Material bei Lieferung von dreiteiligen Nähkästen? Zuschriften u. Nr. 32-886 an U. T., Offenburg, Postf. 361. (32-564)

**BEQUINA-Verlag**  
Remscheld-Lennep 3  
A 11-13

**NEUE EINKAUFS-KATALOGE!**

- Werkzeuge: RM. 22.50
- Beschläge: RM. 14.50
- Haushaltbedarf: RM. 6.80
- Stahlwaren: RM. 14.80
- Elektro- u. Radiotechnik: RM. 15.50
- 3 Westzonen RM 15.50
- Kraftfahrzeugteile u. Zubeh.: 3 Westzonen RM 15.70
- Diese Lieferantenverz. sind zuzügl. RM 1.20 Versandp. sof. geg. Nachnahme oder Vorkasse lieferbar, außerdem

**Exportfirmen-Verzeichnisse 1947**  
Sammelmappe mit 102 Warengruppen RM. 28.50

**Das neue Berliner Fachblatt für das Verkehrsgewerbe**

## TRANSPORT UND VERKEHR

Organ der Führerinnen-Initiative Großberlin und der Kraftverkehrs-Gesellschaft mit Bekanntmachungen, Verkehrsnachrichten aus allen Zonen, prakt. und jurist. Winken und wertvollen Beiträgen erster Fachleute

**zweimal monatl. ab Oktober**

Vierteljahresabonnement 6.- Mark zuzüglich Zustellkosten durch Vertrieb und Anzeigenverwaltung, Softha 46, Choessestraße 72

## Was gilt es auf Haften?

Freiburg. Für die 2. Zuteilungsperiode für Oktober werden folgende Lebensmittelzuteilungen aufgerufen: Es erhalten Brot: Kinder von 0-3 Jahren auf Abschnitt 3 und 6 je 500 g, Kinder von 3-6 Jahren auf Abschnitt 3 2500 g und 6 1000 g. Für alle Verbraucher von 6 Jahren auf Abschnitt 3 und 6 je 1000 g. Schwerarbeiter Gr. I Abschnitt 163 750 g, Schwerarbeiter Gr. II Abschnitt 263 und 1000 g, 264 250 g, Schwerarbeiter Gr. III Abschnitt 363 und 1000 g, 364 750 g, Schwerarbeiter Gr. IV Abschnitt 463 und 464 je 1000 g. Es erhalten Fleisch: Kinder von 0-3 Jahren auf Abschnitt 13 50 g, Kinder von 3-6 Jahren auf Abschnitt 14, 15 je 50 g.

### Freiburger Veranstaltungen

**Städtische Bühnen**  
Casino: Freitag, 10. Oktober, 20 Uhr: Wiener Blut (geschlossene Vorstellung); Sonntag, 12. Oktober, 15 Uhr: Die Czardasfürstin; 20 Uhr: Ein Maskenball. Mittwoch 15. Oktober, 19.30 Uhr: Die Zauberflöte (geschlossene Vorstellung). Donnerstag, 16. Oktober, 20 Uhr: Wiener Blut.

**Kammerspiele:** Freitag, 10. Oktober, 19 Uhr: Ein Sommernachtstraum (geschl. Vorstellung). Samstag, 11. Oktober, 19.30 Uhr: Ein Sommernachtstraum. Sonntag, 12. Oktober, 14.30 Uhr: Die erste Legion; 19 Uhr: Heiden. Dienstag, 14. Oktober, 19.30 Uhr: Der Soldat Tanaka. Mittwoch, 15. Oktober, 19 Uhr: Ein Sommernachtstraum (geschl. Vorstellung). Donnerstag, 16. Oktober, 19.30 Uhr: Heiden.

**Lichtspieltheater**  
Casino: Die Unschuld vom Lande. Friedrichsbau: Unser Fräulein Doktor. Harmonie: Verliebtes Abenteuer. Union: Junge Herzen.

**Haus Stadelmann**  
Ausstellung Edles Kunstwerk.

Jugendliche von 6-10 Jahren auf Abschnitt 14, 15, 16 je 50 g, Jugendliche von 10-18 Jahren auf Abschnitt 17, 18, 19 je 50 g, Erwachsene auf Abschnitt 16, 17, 18, 19 je 50 g, Schwerarbeiter Gr. II auf Abschnitt 267, 268 je 100 g, 367 50 g, Schwerarbeiter Gr. III auf Abschnitt 368, 369 je 100 g, Schwerarbeiter Gr. IV auf Abschnitt 467, 468, 469 je 200 g und 470 250 g. Mütterkarten auf Abschnitt 906 50 g.

### Ausgabe von Kartoffeln:

Eine zweite Rate von je 25 kg für J. 1 (20; 1. 1948 bis 20. IV. 1948); J. 2 und E (15. XII. 1947 bis 29. II. 1948) wird sofort ausgegeben. K. 2 werden die zweiten 25 kg bei der dritten Ration erhalten. Die zweite Rate ist von dem Kleinhandelsgeschäft zu beziehen, in welchem die neue Vorbestellung getätigt wurde.

Im Monat Oktober 1947 (30. Zuteilungsperiode) werden auf Abschnitte der Bezugsausweise für Speisekartoffeln und der Zulagekarten folgende Kartoffelmengen für solche Verbraucher die keine Einkellerungskartoffel oder Gaststättenmarken beziehen, zur Verteilung freigegeben: Für Inhaber von Kartoffelkarten von: Kinder von 0-3 Jahren auf Abschnitt 30/I u. 30/II je 1250 g, Kinder von 3-6 Jahren auf Abschnitt 30/I u. 30/II je 2500 g, Jugendliche von 6-10 Jahren auf Abschnitt 30/I 5000, und 30/II 2500 g, Jugendliche von 10-18 Jahren und Erwachsene auf Abschnitt 30/I u. 30/II je 5000 g. Schwerarbeiter: Gr. II auf Abschnitt f, h, k zusammen 5000 g, Gr. III auf Abschnitte f, h, k zusammen 15 000 g, Gr. IV auf Abschnitte f, h, k zusammen 15 000. Mütterkarten auf Abschnitt 916 1250 g.

### Kindergärten der Arbeiter-Wohlfahrt

Freiburg. In Haslach und Zähringen unterhält der Ortsverein der Arbeiter-Wohlfahrt einen Kindergarten. In diesen beiden Kindergärten finden täglich 120 Kinder Aufnahme. Geprüfte Kindergärtnerinnen, Kinderpflegerinnen und Helferinnen betreuen die Kinder, die täglich aus Spenden drei bis vier Tassen Kraftnahrung „Forsanose“ in Milch gekocht erhalten.

Weitere Kindergärten sollen eröffnet werden, doch war es bis zur Stunde nicht möglich, in den übrigen Stadtteilen die entsprechenden Räumlichkeiten zu erhalten.

### Städtische Bühnen (Kammerspiele)

## Bernard Shaw: „Helden“

Im Begleittext zur Neuinszenierung von Shaws „Helden“, den der Dramaturg der Freiburger Bühnen (hier gleichzeitig Regisseur) in das Programmheft gesetzt hat, steht, daß es (wie immer) auf den Standpunkt des Betrachters ankomme, ob Helden-Aufführungen heute auf Ablehnung stoßen oder Zustimmung finden. Die Inszenierung des Freiburger Schauspiels hat aber erwiesen, daß es doch ganz wesentlich darauf ankommt, wie in Szene gesetzt wird.

Wer von Shaw nichts weiß (und zweifelt jemand daran, daß es auch unter Theaterbesuchern Leute genug gibt, die diesen zeitgenössischen Aristophanes nicht kennen?), der muß nach dieser Aufführung der Meinung sein, Shaw sei bestenfalls ein begabter Operettenlibrettist, dessen Textbuch man einmal ohne musikalisches Beiwerk absprechen ließ. Daß es sich in diesem Stück um den immerhin ernsthaften Versuch eines Ironikers handelt, auf seine Weise mit Geist und Witz einen falschen Heldenbegriff dem erkennenden Gelächter preiszugeben, mußte in dieser Freiburger Aufführung jedenfalls unbemerkt bleiben. Da allein die Frage, ob dies nach der Katastrophe, in die uns ein verlogenes und verbogenes Bild des Heldischen geführt hat, noch zugänglich oder wirkungsvoll sein kann, das im Programmheft erwähnte pro und contra auslöst, kann es hier dazu gar nicht kommen. Denn diese Aufführung bot einfach eine Posse, in der alle feine Ironie und jede der Shawschen Pointen untergingen.

### Demokratische Aktion — Verpflichtung jedes Einzelnen

## Generalversammlung der KP Freiburg

Freiburg. Die Generalversammlung der KP Freiburg am Freitag, 3. Oktober, in der Harmonie stand im Zeichen der heute alle bewegenden Frage: Wie kommen wir durch den Winter?

Einleitend gab Gen. Dobberkau, der Gelegenheit hatte, als Gast dem 2. SED-Parteitag in Berlin beizuwohnen, einen fesselnden Bericht über diesen eindrucksvoll verlaufenen, bedeutungsvollen Kongreß.

In seinem Situations- und Tätigkeitsbericht führte Gen. Fels aus, welche Aufgaben kurz vor dem Winter vor uns liegen. Es gelte, die Beschlüsse und Resolutionen unseres Parteitages zu prüfen und die sich hieraus ergebenden Schlußfolgerungen zu ziehen. Man müsse die Massen gegen die wirklich Schuldigen mobilisieren, d. h. wir müssen das erreichen, was in einem Teil Deutschlands bereits verwirklicht wurde. Gen. Fels streifte die Rede Wschinskijs mit ihrer Verurteilung der Kriegsbrandschlichter in der Welt. Diese suchten Vorschlag für ihre Pläne. In diesem Zusammenhang sei auch die Reise Dr. Schumachers nach Amerika zu beurteilen. Zur Überwindung der vor uns stehenden Katastrophe im kommenden Winter hat die Landesleitung der KP die Initiative ergriffen, die demokratische Aktion „Wie kommen wir durch den Winter?“ zu beginnen und in öffentlichen Kundgebungen die Massen auf den Ernst der Lage hinzuweisen und aufzurütteln. Diese Aktion muß von den Arbeitern aus den Betrieben und der Bauernschaft, also von unten her, getragen werden, wenn sie

Sinn und Richtung haben soll. Gen. Fels sprach ferner über unsere Arbeit in den Parlamenten, die nach den Worten Lenins „erzieherisch, agitatorisch und aufklärend“ auf die Massen wirken müsse. Auch in der Entnazifizierung müssen die Genossen trotz ungenügender Ergebnisse weiter auf dem Posten bleiben. Er berichtete auch von unseren Mängeln und Schwierigkeiten; vor allem gelte es eine Massenbasis bei den Arbeitern in den Betrieben zu schaffen. Dazu sei der Ausgangspunkt eine systematische Kleinarbeit.

Gen. Müller berichtete über die Arbeit der Stadtratsfraktion. Er erklärte, daß Fehler, Mängel und Schwächen nur dort entstehen, wo gearbeitet werde. Die Stadtratsfraktion müsse es verstehen, eine enge Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion herzustellen. Er erklärte, daß unsere Genossen in den verschiedenen Ausschüssen auf verdienstvollen Posten stehen, wenn ihnen nicht das beschließende Recht eingeräumt würde. Die Landtagsfraktion soll beauftragt werden, einen Antrag auf Aenderung der Gemeinde-Ordnung dem Landtag vorzulegen. Dem Antrag der KP-Fraktion, in der Frage der Brennstoffversorgung einen Kahlhieb in Stadtnähe durchzuführen, sei nicht entsprochen worden, nunmehr bestehe das Problem des Herbeifragens des Brennholzes, aus weiter Umgebung. Zu der Frage der nichtöffentlichen Sitzungen des Stadtrates sei im Landtag ein Antrag auf Aufhebung dieses Passus der Gemeindeordnung zu stellen, damit der bisher damit betriebene Mißbrauch abgestellt wer-

## Um das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte

### Kontrolle der industriellen Produktion muß Lebensmitteleinfuhr ermöglichen

Freiburg. In einer stark besuchten Betriebsrätekonferenz sprach Dr. Hessel vom Landesarbeitsamt über praktische Fragen des Betriebsrätegesetzes unter besonderer Berücksichtigung der Betriebsvereinbarungen.

Er führte aus, daß das Hauptproblem die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts darstelle. Die Arbeiterschaft dürfe nicht mehr nur als Objekt behandelt werden. Die Wirtschaft habe sich nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit auszurichten, und es herrsche kein Zweifel darüber, daß die Betriebsräte das volle Mitbestimmungsrecht besitzen müssen. Dies sei auch in der Badischen Verfassung eindeutig verankert, ebenso im Kontrollratsgesetz. Es handle sich nicht nur um die Festlegung und Ausgestaltung sowie Umfang des Mitbestimmungsrechts. Das Kontrollratsgesetz schreibe vor, wie dieses Recht seinen Niederschlag in der Form der Betriebsvereinbarung finden müsse. Es gelte zu lernen, diesem den Gesamtrahmen bildenden Gesetz zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu seien die Betriebsvereinbarungen die wichtigste Grundlage. Es handle sich bei der Durchsetzung der B.V. um ein Machtproblem. Die Vereinbarungen sollen rechtlich klar und einwandfrei sein, es komme nicht auf die Zahl der Paragraphen, sondern auf den wirklichen Inhalt an. Es sei oft die Frage der Persönlichkeit der Betriebsräte selbst, ob diese sich durchzusetzen vermögen oder nicht. Die Fehler von 1918 dürfe man nicht wiederholen. Die Werkstätten müssen handeln.

In der sehr regen Diskussion wurde die Notwendigkeit des Mitbestimmungsrechts in der Produktion und deren Verteilung besonders betont. Der Kampf um die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts muß verbunden werden mit der Entfernung jener Elemente aus den Betrieben, die als ehemalige Naziaktivisten und Kriegsgewinnler heute immer noch ihre alten Machtpositionen einnehmen. Der Frage der Schulung sei der erste Platz einzuräumen.

Es wurde bekanntgegeben, daß die Schulung in Rheinfelden demnächst mit 14tägigen Kursen beginne und jeweils 20 Gewerkschafter teilnehmen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Bedeutung der Heranziehung der Jugend und der Verankerung der Forderungen der Jugend in der Betriebsvereinbarung erwähnt.

Besondere Erwähnung fand der Beschluß der 5. Interzonenkonferenz der Deutschen Gewerkschaften, daß keine Länder-Betriebsrätegesetze erlassen werden sollen und daß gegen diesen Beschluß nicht gehandelt werden dürfe. Die Durchsetzung aller Forderungen sei eine Frage der bestehenden Machtverhältnisse. Es gelte die Forderungen von unten her zu verwirklichen, um den Unternehmerstandpunkt des „Herr im Hause“ entgegenzutreten. Den bereits abgeschlossenen 22 000 Betriebsvereinbarungen in der Ostzone stehen in der französischen Zone Südbadens 60-70 gegenüber. Es gelte zur Durchsetzung des Mitbestimmungsrechts den nötigen Druck zu verleißen. Dabei seien die Gewerkschaften ein politischer Faktor ersten Ranges. Die Parole der Ostzone: Mehr produzieren, richtig verteilen besser leben — könne man bei uns ohne das Mitbestimmungsrecht nicht verwirklichen. Es bestehe kein Interesse, mehr zu produzieren, wenn damit die Kanäle des schwarzen Marktes versorgt werden.

Zur Ernährungslage sprach Kollege Max Faulhaber. Nach der Kriegskatastrophe befinden wir uns nun infolge der Mißernte vor einer Ernährungsnotkatastrophe. Die geringe Ernte reicht kaum bis zum Beginn des Frühjahrs. Der Kartoffelertrag mit ca. 70 000 Tonnen ist geringer als der ursprünglich geschätzte. Es gilt nun den gewerkschaftlichen Kampf um eine gerechte Verteilung zu führen. Scharfe Maßnahmen zur Vermeidung der Fehler des vergangenen Jahres (Kälteverluste) sind zu treffen.

Gerade der Kampf um unsere nackte Existenz, der Kampf gegen den Hunger zeigt am allerklarsten die Notwendigkeit des Kampfes der Arbeiterschaft um die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts. Es muß klar sein, daß selbst bei der besten Erfassung der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel diese nicht ausreichen können. Von unserer industriellen Produktion müssen daher mindestens 40-50 Prozent zur freien Verfügung stehen, um die erforderlichen Lebensmittel einzuführen. Es sind nicht unsere eigenen wertvollen Rohstoffe, sondern die durch Arbeitskraft hergestellten hochwertigen Produkte auszuführen, wodurch die Anrechnung unserer Produkte den richtigen Gegenwert ergeben muß. Dies zeigt zur Genüge die Notwendigkeit der Kontrolle unserer Produktion und deren planvoller Lenkung.

H. Z.

studieren, wo sie sich mit westlicher Gewandlung mischt.

Das Premierenpublikum gab dem Spiel reichen Beifall, was weniger für diese Inszenierung als gegen das Publikum sprach.

Dr. Walter Kunze

### Kleiner Praliné-Soldat

Wenn unser Referent von der „Helden“-Inszenierung der Freiburger Kammerspiele meint, sie hätte wirken können wie die Aufführung eines Operettentextes ohne musikalisches Beiwerk, so mag das den Anlaß geben zu einer Reminiszenz, aus der zu ersehen ist, zu welcher greulichen Geschmackverirrung Shaws nachdenkliches Stück bereits vor nunmehr rund vierzig Jahren verurteilt hat. Damals ließ sich Oskar Straus, ein Jahr nach dem Welterfolge seines „Walzertraums“, dazu verleiten, ein Operettenlibretto zu vertonen, das ihm eine der damals groß in Mode befindlichen Wiener Operettentextfirmen als Bearbeitung der Shawschen „Helden“ angeboten hatte. In holder Einfalt war die Handlung völlig ins Possenhafte verzerrt und im Ungeschmack jener Jahrzehnte die bittere Ironie des Iren in billigste Witzelein verflacht. Der Hauptmann Bluntschli war natürlich in einen, wenn auch nicht gerade schneidigen, so doch immerhin süßen Leutnant umgewandelt, den die schnell bezwungene Raina „O Du kleiner Praliné-Soldat“ ansang. Unvergänglich jenes Finale, in dem der aufgeregte Held entschuldigend sang: „Pardon, Pardon... ich (die anderen einfallend: „er“) stieg ja nur auf den Balkon.“ Das ganze hieß „Der tapfere Soldat“ und erlebte Hunderter-Serien von Aufführungen. Was natürlich heute ganz unvorstellbar wäre!

den kann. Gen. Müller verlangte weiter, daß gegen diejenigen, die schwarz bauen, nicht Geldstrafen von 100-150 Mark, sondern Gefängnisstrafen ausgesprochen werden.

Gen. Kästle sprach über die Arbeit der Betriebsräte, über die großen Schwächen, die vielfach noch bestehen und beseitigt werden müssen. Das fehlende Klassenbewußtsein sei neu zu beleben. Die demokratische Aktion „Wie kommen wir durch den Winter“ sei in den Betrieben mit den SP-Genossen überall zur Diskussion zu stellen. Sowohl auf unserem

### Mitteilungen der KP Freiburg

Der neugewählte Stadtvorstand tritt erstmalig Freitag, 10. Oktober, 20 Uhr, Vaubanstr. 12, zusammen. Die Genossen werden um pünktliches Erscheinen gebeten.

### Genossen, Sympathisierende

Zu der am 13. Oktober beginnenden Parteilernen im Landesmaßstab benötigen wir dringend noch einige Quartiere (Schlafstellen ohne Verpflegung). Meldung erbeten an Sekretariat, Schwarzwaldstraße 2.

Parteitag, als auch auf dem 2. SED-Parteitag sei die Frage der Betriebsarbeit mit vollem Recht in den Vordergrund gestellt worden; das gebe unserer Arbeit Richtung.

Gen. Zink führte aus, daß bei Erringung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterschaft die Bauern keinen schwarzen Markt mehr brauchen, da zur Verteilung der benötigten Produkte dann die entsprechende Kontrolle bestehen würde. Die Bodenreform sei jedoch das Kernproblem, das bei uns noch der Lösung harre.

Gen. Ziehm nahm zum Problem Presse Stellung und unterstrich die Aufgabe der Parteilernen, die Presse mehr als bisher zu unterstützen durch verstärkte Mitarbeit, vor allem seitens der Betriebsgruppen, damit die Presse das Spiegelbild des täglichen Kampfes werde.

Gen. Traub forderte von allen Genossen unermüdete Kleinarbeit zur Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse.

Ueber die Sabotage beim Abschluß der Betriebsvereinbarungen in den öffentlichen Betrieben sprach Gen. Kammerer.

Gen. Dr. Bittel, als Gast, appellierte an die Mitglieder, die demokratische Aktion als eine neue Verpflichtung zu stärkster Aktivität jedes Einzelnen zu betrachten. Wir wollen das kommunistische Programm in das Volk tragen, so daß es jedermann begreift und sich überzeugt, daß es keine bessere Tagespolitik gibt. Wir müssen uns mit tausend Fäden mit den Massen verbinden und verbünden, damit sie mit uns um die nackte Existenz in diesem Hungerwinter kämpfen.

Gen. Stöhr betonte, daß das Mitbestimmungsrecht nicht nur in den Betrieben, sondern im gesamten öffentlichen Leben zu verwirklichen sei. Er erhob die Forderung nach baldiger Bildung eines Ausschusses beim hiesigen Wirtschaftsamt, welcher über die Aufgabe von Bezugscheinen zu entscheiden habe, wie dies in vielen Orten in Baden bereits geschieht.

Den Kassenbericht gab Genossin Keller. Entlastung wurde einstimmig erteilt. Erwähnung fanden die oft eintretenden Schwierigkeiten in der Kassierung, die überwunden werden müssen.

Gen. Faulhaber brachte zum Ausdruck, daß das Mitbestimmungsrecht über Produktion, Verteilung und Preisgestaltung in die Tat umgesetzt werden müsse. Im Rahmen der demokratischen Volksaktion muß von den Betrieben aus die Masseninitiative erfolgen.

Genossin Wohlrath sprach zur Frauenfrage, die sehr ernst zu nehmen sei. Sie rief den Genossen und Genossinnen zu: Wenn Ihr die Sorgen und Nöte Eurer Frauen versteht, dann versteht Ihr auch die Frauenfrage.

Die vorgenommene Wahl des neuen Stadtvorstandes erfolgte mit übergroßer Mehrheit. Dieser setzt sich nunmehr aus 30 Genossen zusammen.

Mit dem Gesang der Internationale wurde die sehr fruchtbar verlaufene Versammlung geschlossen.

H. Z.

Die Arbeiter-Wohlfahrt, Ortsverein Freiburg (Stadtteil Mittelwehre) veranstaltet am Dienstag, 14. Oktober, 20 Uhr, im „Tramm“, Lotetstraße, einen Ausspracheabend, zu dem alle Freunde und Gönner eingeladen sind.

### Verkäufe von NSDAP-Gut

Neustadt i. Schw. Das Bürgermeisteramt teilt mit: „Laut Verfügung der Militärregierung vom 30. 9. 1947 dürfen nunmehr die aus Parteivermögen (nicht Wehrmachtsvermögen) stammenden Gegenstände, wie Oefen, Herde, Geschirr usw. verkauft werden.“

Personen, die im Besitz von Mietverträgen sind, werden auf diese Möglichkeit hingewiesen, und es wird ihnen vorgeschlagen, falls Interesse besteht, Kaufantrag (schriftlich, nicht durch persönliche Vorsprache) bei der Kreisstelle für kontrollierte Vermögen (Hotel Krone) bis spätestens 15. Oktober 1947 zu stellen. Dabei ist nachzuweisen, daß die Miete bis einschließlich Oktober 1947 bezahlt worden ist. Sofern die Mietzahlung bisher nicht erfolgte, muß diese umgehend nachgeholt werden, da Kaufanträge ohne diese Bestätigung zur Genehmigung nicht weitergeleitet werden. Eine Anrechnung der bisher gewährten Miete kann zurückstattet werden. Einhaltung des Termins ist unbedingt erforderlich.“

### Aus dem Parteileben

Parteilernen-Konferenzen mit dem Thema: „Demokratische Aktion“ finden statt: Samstag, 11. Oktober, in Rheinfelden (Referent Gen. W. Fels).

Sonntag, 12. Okt., in Hornberg (Ref. Gen. Käthe Seifried); Rastatt (Ref. Gen. W. Büche); Singen (Ref. Gen. G. Wohlrath); Ueberlingen (Ref. Gen. E. Eckert).

Waldkirch. Am kommenden Samstag, 11. Oktober, 20 Uhr, findet im Gasthaus zum Jägerhäusle eine Mitgliederversammlung der Ortsabteilung der KP statt, zu der auch ein Vertreter der Landesleitung erscheinen wird. Wir bitten alle Mitglieder, zu dieser Pflichtversammlung zu erscheinen. Auch Gäste sind freundlich eingeladen.